



BESCHLUSSVORLAGE

Antragsteller/in

Drucksachen-Nr.: - AZ:

SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FW, FDP	1043/24 - I/332 -
--	-------------------

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis
Stadtverordnetenversammlung		

Betreff:

Resolution "Demokratie stärken"

Anlage/n:

ohne Anlagen

Text:

1. Die Stadtverordnetenversammlung verdeutlicht die essentielle Bedeutung der Demokratie für einen intakten Rechtsstaat, in dem Freiheit und Sicherheit gleichermaßen Achtung und Umsetzung finden. Sie unterstreicht daher die Wichtigkeit des Schutzes und der Verteidigung der Hessischen Verfassung als älteste in Kraft befindliche Landesverfassung und des deutschen Grundgesetzes. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die Freiheits- und Gleichheitsrechte stellen ein hohes Gut dar und wurden in der Historie teuer erkaufte. Feinde der Demokratie sind Feinde der Freiheit. Jedoch darf nicht toleriert werden, dass Extremisten und Fundamentalisten unter dem Deckmantel der hier garantierten Freiheiten agieren und den Rechtsstaat beseitigen wollen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung ist dankbar, dass in den letzten Wochen tausende Menschen gegen diese Feinde unserer Demokratie demonstriert haben, davon rund 5500 in Wetzlar. Das war ein starkes Zeichen dafür, dass unsere Demokratie wehrhaft ist, wir uns diesen Umtrieben entschieden entgegenstellen und unsere Freiheit verteidigen. Die Stadtverordnetenversammlung zeigt ihre Verbundenheit mit diesem klaren Zeichen gesellschaftlicher Einigkeit und betont die Notwendigkeit der gemeinsamen Konsensfindung der demokratischen Fraktionen in Bezug auf Grundfragen unserer demokratischen Ordnung. Nicht Populismus und Hetze lösen Fragen, sondern nur sachgerechte Lösungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Wetzlar, den 12.02.2024

gez. Sandra Ihne-Köneke
Michael Hundertmark
Thorben Sämann
Dunja Boch
Dr. Matthias Büger

Begründung:

Als Vertretung der Wetzlarer Bürgerschaft bezieht die Stadtverordnetenversammlung klar Position für die Verteidigung unserer Demokratie gegen extremistische Kräfte und schließt sich damit dem Hessischen Landtag an, der am 7. Februar mit breiter Mehrheit einen gleichlautenden Beschluss gefasst hat.